

2016

MetallRente Studie | Kurzfassung

Jugend, Vorsorge, Finanzen

Zwischen Eigenverantwortung
und Regulierung

Lösungsansätze in
Deutschland und Europa



Herausgeber:
Klaus Hurrelmann
Heribert Karch
Christian Traxler

MetallRente 

Inhalt

- 03 › *Vorwort*
- 05 › *Die zehn wichtigsten Fakten der Studie*
- 06 › *Die Zukunft der Altersvorsorge: Die Politik ist gefragt!*
Klaus Hurrelmann und Christian Traxler im Interview
- 08 › *Mit Optimismus in die Zukunft*
- 09 › *Weniger Angst vor Altersarmut und gleichzeitig Zweifel an der privaten Vorsorge*
- 10 › *Die Generation Y spart weniger für das Alter*
- 11 › *Die betriebliche Altersversorgung wird bei jungen Leuten immer beliebter*
- 12 › *Die Jugend in Richtung Vorsorge „stupsen“*
- 14 › *Generationengerechtigkeit? Welche Generationengerechtigkeit?*
Heribert Karch im Interview
- 15 › *Fünf notwendige Konsequenzen in Sachen Rente*
- 16 › *Der Staat und das Rentensystem in Großbritannien*
- 17 › *Was in Dänemark die Vorsorge erhöht*
- 18 › *Anpassungen im Rentensystem der Niederlande*
- 18 › *Wirtschaftskrise und Rentenreform in Spanien*
- 19 › *Hektischer Reformprozess in Polen*
- 20 › *Gelungene Rentenreformen sind möglich*
Traute Meyer im Interview
- 21 › *Die Altersvorsorge als Herausforderung in den OECD-Ländern*
Monika Queisser im Interview
- 22 › *Service*

Vorwort

Die Generation Y, ihre Wünsche und Zukunftsplanungen sind ein viel diskutiertes Thema. Die MetallRente Studie „Jugend, Vorsorge, Finanzen 2016“ bringt in den gesellschaftlichen Diskurs einen wichtigen Aspekt ein: Die im August und September 2015 durchgeführte Untersuchung fragte nach dem Vorsorgeverhalten junger Leute und ihren Einstellungen zum Rentensystem.

Das hat einen guten Grund: Die heutigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind die erste Generation, die von der weitreichenden Rentenreform der vergangenen Jahre in vollem Umfang erfasst wird. Sie können sich erheblich weniger auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen zur Alterssicherung verlassen als jede Generation vor ihnen. Ohne frühzeitige zusätzliche Altersvorsorge droht ihnen nach dem Erwerbsleben das Abrutschen in die Altersarmut. Und da das Sparen fürs Alter abnimmt – auch das ein Ergebnis der Studie –, wird die Armut im Rentenalter ein ganz reales Szenario. Politisches Eingreifen wird deshalb immer dringender und notwendiger.

Schon die beiden Vorläuferstudien zeigen, dass es vielen jungen Erwachsenen in Deutschland schwerfällt, das sogenannte Drei-Säulen-Modell – die Mischung aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge – zu verstehen. Auch die aktuelle Untersuchung macht das noch einmal deutlich. Sie belegt, dass es der Generation Y an finanzieller und wirtschaftlicher Kompetenz fehlt.

Damit wird nun ein klarer Trend sichtbar: Es bedarf zum einen gezielter Verbesserungen der Informations- und Bildungsangebote. Zum anderen muss das System der Alterssicherung einfacher und verbindlicher werden. Nur dann wird nach den vorliegenden Ergebnissen die junge Generation konstruktiv darauf eingehen. Zurzeit folgt jede der drei Säulen ihrer eigenen schwer durchschaubaren Logik. Außerdem sind die jeweiligen Angebote nicht aufeinander abgestimmt.

Die Studie befasst sich erstmals auch mit Wegen, die Jugendlichen einen wirksamen Stupser (Nudge) in Richtung mehr Vorsorge geben können. Die Studienergebnisse zeigen deutlich, dass die junge Generation manche Nudges – etwa Spar-Automatismen – mehrheitlich befürwortet.

In einem zweiten Teil blickt die Studie über den deutschen Tellerrand hinaus. Europäische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler untersuchen in ihren Beiträgen die Rentensysteme und Reformanstrengungen anderer Länder. Dabei wird deutlich: Nicht nur in Deutschland ist die nachhaltige Alterssicherung in Gefahr ... aber erfolgreiche Reformen sind machbar!

Mit dieser Studie, die sowohl in ausführlicher Form als Buch und in der vorliegenden zusammenfassenden Variante erscheint, bekommen alle Akteure im Bereich der Alterssicherung wichtige Informationen und aussagekräftige Daten an die Hand, die ihnen helfen, richtige und wegweisende Entscheidungen zu treffen.



Die Herausgeber der MetallRente Studie 2016 „Jugend, Vorsorge, Finanzen“:

Prof. Dr. Klaus Hurrelmann ist Senior Professor für Bildungs- und Gesundheitsforschung an der Hertie School of Governance in Berlin. Ein aktueller Forschungsschwerpunkt von ihm liegt in der strategischen Verbindung von Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Er arbeitet seit 2002 im Leitungsteam der Shell Jugendstudien.

Heribert Karch ist Geschäftsführer des Versorgungswerks MetallRente.

Prof. Dr. Christian Traxler ist Professor für Ökonomie an der Hertie School of Governance. Seine Forschungsschwerpunkte sind Fragestellungen aus der Verhaltensökonomie und der Finanzwissenschaft.

Methodik der Studie

Die vorliegende Studie „Jugend, Vorsorge, Finanzen 2016“ lässt junge Leute über ihre Einstellungen und Strategien zur Altersvorsorge zu Wort kommen. In den beiden MetallRente Studien von 2010 und 2013 wurde klar: Die Jungen sind zwar grundsätzlich bereit, für das Alter vorzusorgen, aber nur eine kleine Minderheit verfolgt tatsächlich auch tragfähige Strategien. Mit der dritten repräsentativen Befragung wird es nun möglich, konkrete Trendausagen über einen Zeitraum von sechs Jahren zu treffen.

Um einen aussagekräftigen Vergleich zu den Ergebnissen der Jahre 2010 und 2013 ziehen zu können, blieb der bisherige Kern der Umfrage unverändert. Ergänzt wurde diese durch eine Reihe neuer Fragen, die sich zum Beispiel um eine eventuelle automatische Einbeziehung in eine zusätzliche Altersversorgung drehen. Damit bildet die Studie erstmals die Sicht der Generation Y auf das sogenannte „Nudging“ in der Altersvorsorge ab (siehe Begriffsklärungen S.7).

Methodisch geht die Studie von 2016 wie ihre Vorgängerinnen vor: TNS Infratest Sozialforschung führte eine bundesweit repräsentative Erhebung bei 2500 Jugendlichen im Alter von 17 bis 27 Jahren durch. Damit ist die Befragung vom August und September 2015 eine Wiederauflage der beiden Erhebungen vom Herbst 2009 und vom Herbst 2012.

Basis der Untersuchung sind telefonische CATI-Befragungen (Computer-Assisted Telephone Interview). Diese elektronische Programmierung und Steuerung des Interviewablaufs reduziert potenzielle Fehlerquellen auf ein Minimum. In die Studie einbezogen wurden sowohl Haushalte in Deutschland, die über einen Festnetztelefonanschluss verfügen, als auch jene, die nur mit einer Mobilfunknummer zu erreichen sind.

Die zehn wichtigsten Fakten der Studie

#1

Die Mehrzahl der jungen Leute ist optimistisch, wenn sie an ihre eigene Zukunft denkt. 2016 gehen 73 Prozent von einer guten persönlichen Entwicklung aus („sehr gut“ 22%). Damit steigerten sich die positiven Erwartungen gegenüber den letzten Studien. Auch die Entwicklung Deutschlands beurteilt die junge Generation zunehmend positiv: 48 Prozent schätzen sie aktuell als gut ein („sehr gut“ 5%). 2010 lagen diese Zahlen noch bei 37 („gut“) und 1 Prozent („sehr gut“).

#2

Die junge Generation hat im Vergleich zu der Befragung 2013 weniger Angst um die deutsche Wirtschaft. So glauben nur 26 Prozent „voll und ganz“ („eher“ 34%), dass die Wirtschaft durch verschuldete Euro-Länder gefährdet ist. 2013 lagen diese Werte noch bei 34 bzw. 43 Prozent. Trotz Krise haben 22 Prozent „voll und ganz“ („eher“ 39%) Vertrauen in den Euro. Auch diese Werte entwickelten sich im Vergleich zu 2013 positiv.

#3

Die Generation Y zweifelt immer mehr an der privaten Vorsorge. So stimmen nur 23 Prozent „voll und ganz“ („eher“ 40%) der Aussage zu, dass man von einer privaten Vorsorge mehr erwarten kann als von der staatlichen Rente. 2010 waren es 31 bzw. 46 Prozent.



#4

Bei jungen Frauen sinkt die Angst vor Altersarmut. So haben aktuell nur 34 Prozent der Frauen „voll und ganz“ („eher“ 27%) Angst davor. 2010 lagen diese Werte noch bei 47 bzw. 24 Prozent. Nur 27 Prozent der jungen Männer teilen diese Angst „voll und ganz“ („eher“ 23%). Diese Werte sind im Vergleich zu den vergangenen Studien relativ konstant.

#6

Die betriebliche Altersversorgung wird beliebter. Ihr Anteil stieg von 31 Prozent (2010) auf 40 Prozent (2016). Dagegen nutzen weniger junge Leute Riester-Produkte oder private Renten- bzw. Lebensversicherungen. So sank allein der Anteil der Altersvorsorgesparer, die „riestern“, von 50 Prozent im Jahr 2010 auf 42 Prozent 2016.

#8

Die betriebliche Altersversorgung ist deutlich bekannter als die RiesterRente: 39 Prozent könnten die bAV einem Freund erklären. Aber nur 27 Prozent trauen sich aktuell zu, die Riester-Förderung zu beschreiben. Das ist ein historisches Tief.

#5

Das Sparverhalten der jungen Leute ist stabil. Allerdings haben sich die Gründe dafür verschoben. 54 Prozent sparen regelmäßig und 30 Prozent ab und zu (2010: 53%/31%). Die Sparer legten zum Beispiel mit 64 Prozent vermehrt Geld für eine Urlaubsreise zur Seite. (2010: 56%). Auch die Bereitschaft, für Ausbildung und Studium zu sparen, war höher (2016: 42%/2010: 39%). Mit 49 Prozent spart nur noch knapp die Hälfte aller Jugendlichen für das Alter (2010: 55%) und von den jungen Sparern noch 58% (2010: 66%).

#7

Die junge Generation will das Leben zunächst genießen und spart deswegen weniger für das Alter. So stieg der Anteil der jungen Sparer, die das „voll und ganz“ so sah, von 45 Prozent im Jahr 2010 auf 50 Prozent im Jahr 2016. Die Gruppe, die „voll und ganz“ kein oder kaum Geld für die Altersvorsorge hat, verringerte sich dagegen (2016: 38% / 2010: 42%). Insbesondere bei Frauen sinkt die Bereitschaft, für das Alter zu sparen (2016: 49% / 2010: 57%).

#9

Der Informationsbedarf in Sachen Altersvorsorge ist bei der jungen Generation groß.

Aktuell wünschen sich 91 Prozent jährliche Informationen über ihre Ansprüche. Sie betonen aber zu 81 Prozent, dass diese verständlicher sein müssten. Nur zehn Prozent verfügen ihrer Meinung nach über zu viel und nicht über zu wenig Informationen.

#10

Die jungen Leute könnten sich mit automatischen Sparregelungen anfreunden.

65 Prozent würden dem zustimmen. Wenn so eine Sparregel mit einer Ausstiegsmöglichkeit und einer Bezuschussung kombiniert wird, steigt die Zustimmungsrage sogar auf 89 Prozent.





Die Zukunft der Altersvorsorge:

„Die Politik ist gefragt!“

Die Politik sollte jetzt die Weichen stellen, um die junge Generation vor Altersarmut zu schützen: Darin sind sich der Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Klaus Hurrelmann und der Ökonom Prof. Dr. Christian Traxler einig. Die beiden Mitherausgeber der Studie lehren und forschen an der Hertie School of Governance Berlin.

Welche Ergebnisse haben Sie am meisten erstaunt?

Traxler: Auch 15 Jahre nach der Rentenreform hat sich noch keine Kultur zusätzlicher Vorsorge in Deutschland entwickelt. Das Gegenteil ist der Fall: Die Tendenz geht bei der jungen Generation sogar in die entgegengesetzte Richtung.

Hurrelmann: Dem stimme ich zu. Doch zugleich erstaunt mich der Realitätssinn der jungen Leute. Es ist ihnen klar, dass die aktuellen Vorsorge-Angebote kein angemessenes Leben im Alter sicherstellen.

Welche Erklärung haben Sie für das Vorsorgeverhalten der jungen Generation?

Traxler: Die jungen Leute sind mit der Altersvorsorge überfordert. Das hängt sicher mit der Tatsache zusammen, dass diese Entscheidungen äußerst komplex sind ... zumal sich die Jugendlichen einer schwer vorhersehbaren Zukunft gegenübersehen. Zugleich zeigt sich eine starke Gegenwartsfixierung. Junge Menschen sind vor allem mit der unmittelbaren Erfüllung akuter Bedürfnisse beschäftigt.

Hurrelmann: Diese Gegenwartsbezogenheit ist absolut nachvollziehbar. Denn die jungen Leute entscheiden sich für Dinge, die ihnen aktuell von Nutzen sind und nicht für etwas, von dem sie nicht wissen, ob es ihnen später tatsächlich hilfreich sein wird. Die Jugendlichen sparen aber nicht nur für den Konsum, sondern auch für Studium und Ausbildung. Ihnen ist klar, dass Bildung Vorteile am Arbeitsmarkt bringt und das Armutsrisiko senkt.

Die Studie belegt, dass die Generation Y in Sachen Altersvorsorge der Politik mehr Vertrauen entgegenbringt als privaten Akteuren. Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe dafür?

Hurrelmann: Aus der Kenntnis der letzten Wirtschafts- und Finanzkrisen wissen die jungen Leute, wie unzuverlässig private Vorsorgeprodukte sein können. Deshalb ist es eine ganz nüchterne und unideologische Erwägung, dass der Staat eher das Gemeinwohl im Sinne hat als Unternehmen.

Traxler: Die Skandale und Krisen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass Banken und Versicherungen stark an Glaubwürdigkeit

verloren haben. Dagegen ist das Image der Politik vergleichsweise stabil. Die Skandale dort haben die Gesellschaft bei weitem nicht so erschüttert wie etwa die Finanz- und Wirtschaftskrisen.

Wie deuten Sie die Zustimmung der jungen Leute zu einer automatischen Sparregelung?

Traxler: Die beinahe einhellige Zustimmung zu einer automatischen Default-Sparregel fand ich sehr überraschend. Es scheint so, als wünschen sich Jugendliche einen Automatismus, der ihnen eigenständige Entscheidungen zumindest teilweise abnimmt. Zu dieser Interpretation passt auch, dass das Meinungsbild zu Nudging differenziert ist. So lehnen die Befragten eine personalisierte Erinnerung an selbst gesetzte Sparziele ab. Sie wollen allem Anschein nach mit dem Thema nicht regelmäßig konfrontiert werden.

Hurrelmann: Hier wird die sehr pragmatische Einstellung der Generation Y sichtbar. Sie befürworten den sanften Paternalismus ... aber nicht in jeder Form: So begrüßen sie einen Automatismus, jedoch nicht die Aufforderung zur Eigeninitiative.

Was wird passieren, wenn es zeitnah keine weiteren Reformschritte bei der Altersvorsorge gibt?

Traxler: Ich bin mir sicher, dass sich der aktuelle Trend in der Zukunft fortsetzen wird und bei Jugendlichen die Aktivitäten für ihre Altersvorsorge nicht sprunghaft steigen werden. Damit steigt die Gefahr der Altersarmut. Allerdings ist diese Generation noch so weit von der Rente entfernt, dass sie auf die Politik in dieser Sache zurzeit noch kaum Druck ausübt.

Hurrelmann: Die Politik muss jetzt trotzdem handeln. Denn sonst ist es für die junge Generation zu spät. Dann ist sie objektiv von Altersarmut bedroht. Das ist keine Schwarzmalerei, sondern einfach eine Tatsache.

Welche Tipps geben Sie jungen Menschen, damit ihre Aussichten auf finanzielle Sicherheit im Alter steigen?

Traxler: Sie sollten sich eigenständig mit Finanz- und Kapitalmärkten beschäftigen. Ein Schulfach wie „Wirtschaft und Finanzen“ könnte sie hierbei unterstützen. Ersparnisse in breit diversifizierte, passive Indexfonds anzulegen, würde z. B. langfristig Sinn machen. Grundsätzlich bin ich aber pessimistisch, dass sich die breite Masse eigenständig um Altersvorsorge kümmert. Hier ist eindeutig die Politik gefordert.

Hurrelmann: Und damit die Politik sich bewegt, müssten sich die jungen Leute selbst politisch engagieren und ihre Vorstellungen offensiv vortragen. So wie heute kann es jedenfalls nicht weitergehen. Denn selbst, wenn jemand vorbildlich in alle drei Säulen der Altersvorsorge einzahlt, kann er am Ende nicht mit einem zufriedenstellenden Ergebnis rechnen. Das System führt die jungen Leute an der Nase herum.



Prof. Dr. Klaus Hurrelmann



Prof. Dr. Christian Traxler



Begriffserklärungen

Nudging/Nudge:

Die Begriffe stehen im englischen für Stupsen/Schupsen oder Stups/Schubs. Darunter versteht man im Zusammenhang mit der Altersvorsorge einen wirksamen Stupser hin zur vermehrten Teilnahme an zusätzlicher – meist betrieblicher – Altersversorgung.

„Sanfter“ Paternalismus:

Da der Stupser zwar in die gewünschte Richtung weist, aber zu nichts verpflichtet, spricht man von einem „sanften“ Paternalismus. Schließlich bleibt die individuelle Entscheidungsfreiheit unangetastet.

Default-Sparregel:

Bei dieser Altersvorsorge zahlen die Beschäftigten automatisch („per default“) auf ein Rentenkonto ein... es sei denn, sie entscheiden sich bewusst dagegen (per „Opt-Out“).

Mit Optimismus in die Zukunft

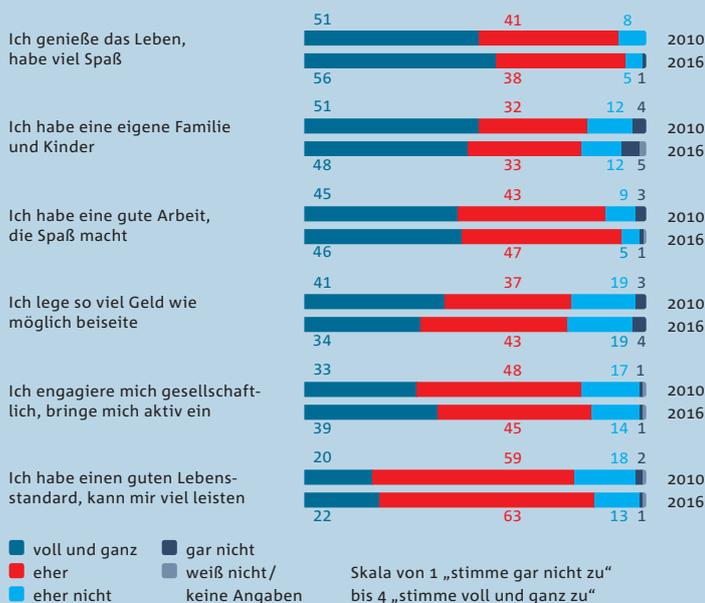
Die Stimmung in der jungen Generation wird immer besser: Das belegen die drei MetallRente Studien. Glaubten 2010 noch 15 Prozent der Befragten, dass ihr Leben in den nächsten zehn bis 15 Jahren „sehr gut“ verlaufen werde, waren es 2013 bereits 19 Prozent. In der aktuellen Studie steigt dieser Anteil sogar auf 22 Prozent.



Jugendliche erwarten mehr Spaß und sehen sich engagierter, aber weniger sparsam

Was glauben Sie:
Welche der folgenden Dinge passen am ehesten auf Ihr Leben in den nächsten 10 bis 15 Jahren?

Jugendliche im Alter von 17 bis 27 Jahren (Angaben in %)



Der überwältigende Teil der Jugendlichen vergab bereits 2010 für ihre persönliche Zukunft die Note „gut“ (75%). Diese Zahl liegt aktuell bei 73 Prozent und ist damit im Wesentlichen gleich geblieben. Reduziert hat sich vor allem die Gruppe derjenigen, die ihre Zukunftserwartungen als „weniger gut“ einschätzt. Ihr Prozentsatz fiel von acht Prozent 2010 auf aktuell nur noch drei Prozent.

Auch die Studie 2016 zeigt, dass die Generation Y ihre eigene Zukunft besser beurteilt als die Aussichten des ganzen Landes. Doch gab es auch hier zwischen 2010 und 2016 einen positiven Trend: Der Anteil der jungen Leute, die für Deutschland gute oder sehr gute Perspektiven sehen, ist von 38 Prozent (2010) auf 53 Prozent (2016) gestiegen.

Waren 2010 junge Männer deutlich optimistischer als junge Frauen, reduzierte sich dieser Unterschied im Jahre 2013. 2016 haben sich die Verhältnisse umgedreht: Nun gibt es unter den Frauen mehr Optimisten als unter den Männern (57% versus 51%). 2010 waren noch 42 Prozent der Männer und nur 33 Prozent der Frauen Optimisten.

Die Stimmung unterscheidet sich je nach Bildungsgruppe. So ist sie zwar bei den einfach Gebildeten aktuell besser als 2010, fällt aber dennoch gegenüber den anderen Gruppen deutlich zurück. Jugendliche mit mittlerer oder höherer Bildung sind optimistischer.

Dazu passt das Studienergebnis, dass die Arbeitslosigkeit als Schreckensszenario inzwischen an Bedeutung verloren hat. Rechneten 2010 noch 34 Prozent der Befragten „voll und ganz“ oder „eher“ mittelfristig mit Arbeitslosigkeit, befürchteten das 2016 nur noch 22 Prozent. Die junge Generation hat viel mehr positive Erwartungen: So gehen 2016 56 Prozent „voll und ganz“ davon aus, dass sie ihr Leben in den nächsten 10 bis 15 Jahren „genießen“ können und „viel Spaß“ haben werden (2010: 51%). Gleichzeitig nahm die soziale Einstellung zu: 39 Prozent der jungen Leute geben aktuell „voll und ganz“ an, dass sie sich künftig gesellschaftlich engagieren wollen (2010: 33%).

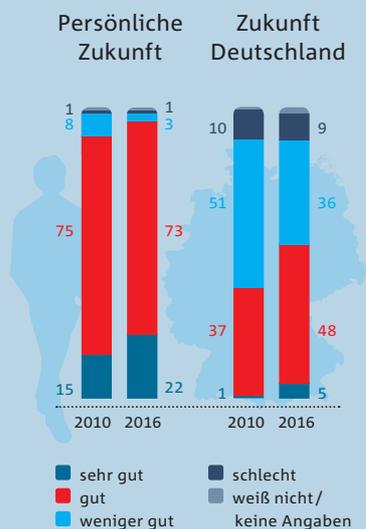
Die erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft hat seit 2013 zu einem Schwinden von Zukunftsängsten geführt. So beunruhigt das Szenario der Eurokrise aktuell zwar noch 60 Prozent (2013: 77%) „voll und ganz“ oder „eher“. Doch 77 Prozent meinen „voll und ganz“ oder „eher“, dass Deutschland wirtschaftlich stabil bleibt (2013: 72%).

Viel Optimismus für sich selbst und inzwischen mehr für das Land im Ganzen

Wenn Sie einmal an Ihre persönliche Zukunft denken: Wie gut oder schlecht wird Ihr Leben in den nächsten 10 bis 15 Jahren verlaufen?

Und wenn Sie an Deutschland insgesamt denken: Wie gut oder schlecht wird die weitere Entwicklung in den nächsten 10 bis 15 Jahren verlaufen?

Jugendliche im Alter von 17 bis 27 Jahren (Angaben in %)



Weniger Angst vor Altersarmut und gleichzeitig Zweifel an der privaten Vorsorge

Insgesamt nimmt die Angst vor Altersarmut ab. Aktuell haben 30 Prozent der jungen Leute diese Sorge „voll und ganz“ (2010: 38%). Zusammen mit den Befragten, die „eher“ Angst davor haben, liegt der Prozentsatz bei 55 Prozent (2010: 61%). Die junge Generation erkennt zudem, dass sie ohne private Vorsorge im Alter arm sein wird. 50 Prozent sind davon aktuell „voll und ganz“ überzeugt.

2010 war die Angst vor Altersarmut weit mehr unter jungen Frauen verbreitet als unter jungen Männern. Diese Sorge ging bereits 2013 zurück und erreicht aktuell einen Tiefpunkt: Nur noch 34 Prozent der jungen Frauen glauben „voll und ganz“, im Alter arm zu sein (2010: 47%). Bei jungen Männern ist diese Sorge („voll und ganz“) über die drei Studien hinweg relativ konstant und liegt aktuell bei 27 Prozent. Damit bewerten Männer und Frauen das Problem der Altersarmut immer noch unterschiedlich. Doch da die Ängstige der weiblichen Befragten stark nachließen, hat sich ihre Sicht inzwischen angenähert.

Die Befürchtungen sind auch je nach Bildungshintergrund unterschiedlich stark ausgeprägt. So haben 51 Prozent der Jugendlichen mit einfachem Bildungsniveau „voll und ganz“ Angst vor Altersarmut, während nur 17 Prozent der jungen Leute mit hohem Bildungsstatus diese Sorge teilen. Dazwischen ordnen sich die Befragten mit mittlerer Bildung ein. Während bei den hoch und mittel Gebildeten die Angst im Laufe der letzten sechs Jahre abgenommen hat, setzte sich dieser Trend bei den einfach Gebildeten nicht durch.

Gleichzeitig mit der Abnahme der Angst vor Altersarmut sinkt der Glaube, dass private Altersvorsorge bessere Renditen abwirft als die staatliche Rente. 2016 stimmen dem nur noch 23 Prozent „voll und ganz“ zu, 40 Prozent „eher“ (2010: „voll und ganz“ 31%, „eher“ 46%). Deshalb sehen viele Jugendliche den Staat in der Pflicht: 61 Prozent glauben „voll und ganz“ oder „eher“, dass nur eine stärkere staatliche Förderung eigene zusätzliche Altersvorsorge lohnenswert machen würde. 79 Prozent gehen „voll und ganz“ oder „eher“ davon aus, dass es eine gute staatliche Rente geben würde, wenn die Politik das wirklich wolle (2010: 74%).

Passend dazu ist das Vertrauen der jungen Leute in die gesetzliche Rentenversicherung gestiegen. Sie ist insgesamt hoch und liegt aktuell bei 76 Prozent („voll und ganz“: 18%, „eher“: 58%) gegenüber 67 Prozent 2010. Außerdem ist die gesetzliche Rentenversicherung im Vergleich zu allen anderen in der Studie erfassten Anbietern mit konstant 91 Prozent die bekannteste Vorsorgeform.

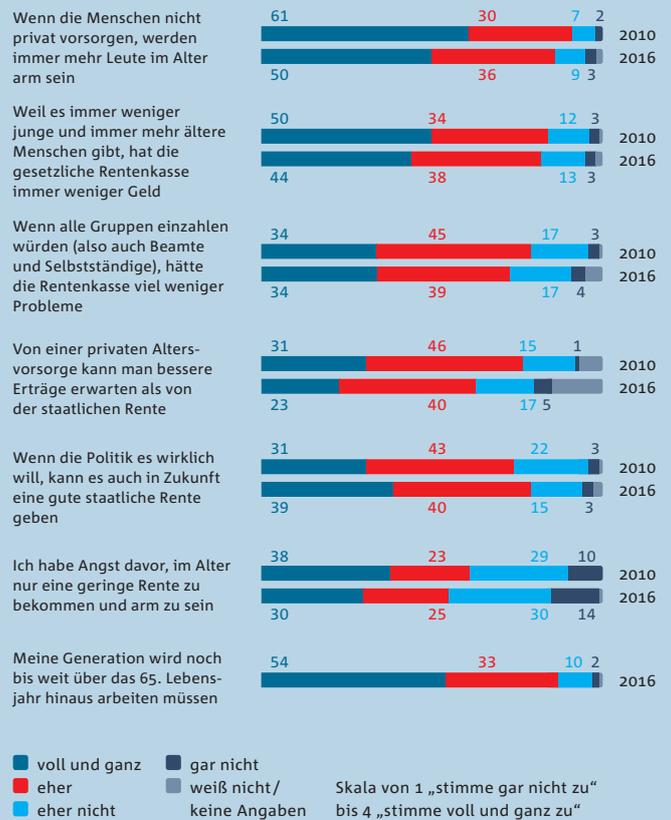
Die Akzeptanz privater Anbieter ist dagegen niedrig. So haben beispielsweise Banken und Investmentfonds an Vertrauen verloren. Auch ihre Bekanntheit sinkt. Ein Gewinner dieser Stimmungslage der Generation Y sind Anbieter der betrieblichen Altersversorgung. So vertrauen aktuell 72 Prozent den Versorgungswerken der Tarifparteien („voll und ganz“: 16%, „eher“ 56%). Das ist ein besseres Ergebnis als 2010.



Steigende Zweifel am Ertrag der privaten Vorsorge und weit verbreiteter Glaube an das Arbeitenmüssen bis weit ins Alter hinein

Können Sie den folgenden Aussagen über die Altersvorsorge zustimmen oder nicht zustimmen?

Jugendliche im Alter von 17 bis 27 Jahren (Angaben in %)



Bei jungen Frauen sinkt die Angst vor Altersarmut

Ich habe Angst davor, im Alter nur eine geringe Rente zu bekommen und arm zu sein.

Jugendliche im Alter von 17 bis 27 Jahren (Angaben in %)



Die Generation Y spart weniger für das Alter

Trotz sehr niedriger Zinsen bekennt sich die junge Generation weiterhin zum Sparen. So geben aktuell 54 Prozent an, „regelmäßig“ zu sparen, 30 Prozent legen „ab und zu“ etwas zurück. Damit hat sich der Anteil der Sparer in den letzten sechs Jahren kaum verändert. (2010 sparten 53% „regelmäßig“ und 31% „ab und zu“.)

Besonders hoch ist der Anteil der Sparer bei Jugendlichen in einer sehr guten finanziellen Lage. 2016 legen 73 Prozent von ihnen regelmäßig Geld beiseite, während junge Leute in einer (sehr) schlechten materiellen Situation nur zu 33 Prozent regelmäßig etwas zurücklegen. Allerdings nahm die Sparquote unter diesen in den letzten sechs Jahren zu, während die Quote bei Jugendlichen mit besserer pekuniärer Ausstattung sank.

Eine stabile Sparquote heißt jedoch nicht, dass die junge Generation für das Alter vorsorgt. War der Anteil dieser Sparer schon zwischen 2010 und 2013 etwas rückläufig, so hat sich der Trend nun verstärkt. Legten 2010 noch 66 Prozent Geld für ihr Alter zurück, sind es aktuell nur noch 58 Prozent.

Die Sparrate für das Alter lag 2010 unter jungen Männern bei 54 Prozent. Aktuell liegt sie bei 49 Prozent. Bei Frauen ist der Rückgang noch stärker (2010: 57%, 2016: 49%). Die inzwischen viel geringere Angst junger Frauen vor Altersarmut und ihr nunmehr hohes Vertrauen in die mittelfristige Zukunft Deutschlands könnte dieses Verhalten erklären.

Die Gründe, warum die junge Generation nicht für das Alter spart, liegen in erster Linie in ihrer gegenwartsbezogenheit. So geben Prozent der jugendlichen Sparer „voll und ganz“ an, erst einmal „etwas vom Leben haben zu wollen“ (2010: 45%). Wohingegen der Grund, kein (oder kaum) Geld zu haben, auf 38 Prozent der Befragten „voll und ganz“ zutrifft (2010: 42%).

Das Alterssparen hat für die höher Gebildeten eine geringere Priorität als für mittel und einfach Gebildete. Erstere Gruppe spart eher für die Finanzierung von Ausbildung und Studium. So legen dafür 55 Prozent der Jugendlichen mit höherer Bildung Geld zurück, während 38 Prozent mit mittlerer und nur 22 Prozent mit einfacher Bildung aus diesem Grund Rücklagen bilden. Insgesamt sparen – über alle Bildungsschichten hinweg – 42 Prozent für die Ausbildung oder das Studium (2010: 39%).

Am häufigsten legt die Generation Y mit 75 Prozent weiterhin etwas für größere Anschaffungen zurück, etwa für ein Auto oder Möbel (2010: 78%). Auch für unvorhersehbare Ereignisse bilden die Jugendlichen mit 70 Prozent öfter Rücklagen als für ihre Altersvorsorge.

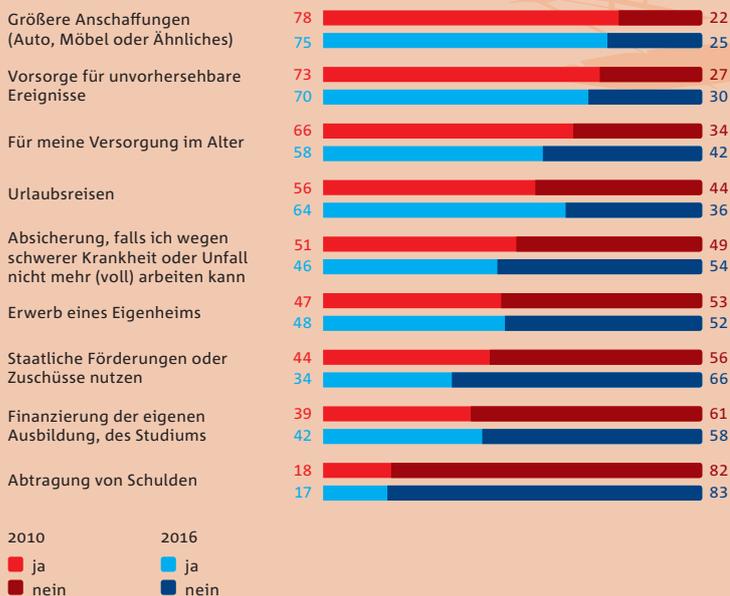
Auf „Platz 3“ der Spargründe stehen mit einer Quote von 64 Prozent Urlaubsreisen. Damit hat sich dieser Grund zum Sparen deutlich vor die Altersvorsorge geschoben. Im Vergleich zu 2010 (56%) ist die Sparrate für Urlaubsreisen deutlich angestiegen.



Es wird mehr für Urlaubsreisen, weniger fürs Alter gespart

Aus welchen Gründen sparen Sie?

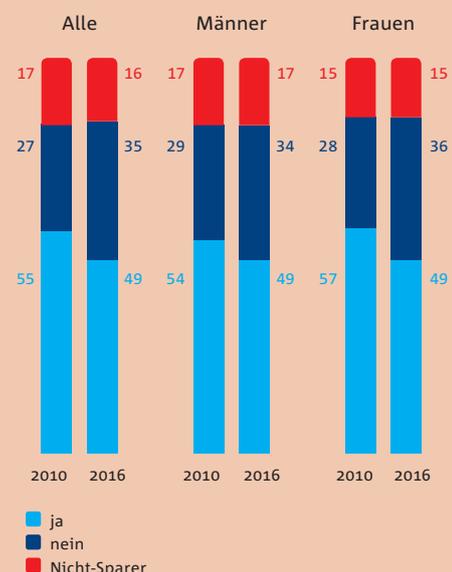
Jugendliche im Alter von 17 bis 27 Jahren (Angaben in %), nur Befragte, die regelmäßig oder ab und zu sparen



Sparen für das Alter bei jungen Männern und Frauen rückläufig (Netto-Alterssparer-Quote)

Sparen Sie für Ihre Versorgung im Alter?

Jugendliche im Alter von 17 bis 27 Jahren (Angaben in %)



Die betriebliche Altersversorgung wird bei jungen Leuten immer beliebter



Wenn die junge Generation für das Alter spart, macht sie das auf klassische Weise: So spielen Sparbuch, Festgeld und festverzinsliche Papiere die wichtigste Rolle. 60 Prozent nutzen aktuell diese Anlageformen. 2010 waren es noch 66 Prozent, was sicher an dem Zinstief liegt. Der Bausparvertrag hat sich besser behauptet und wird noch von 56 Prozent abgeschlossen (2010: 58%). Klar rückläufig ist dagegen die Riester-Rente. Nur noch 42 Prozent entscheiden sich aktuell dafür. 2010 waren es noch 50 Prozent. Auch die Lebensversicherung und die private Rentenversicherung verloren an Beliebtheit.

Der einzige Gewinner unter den Anlageformen ist die betriebliche Altersversorgung (bAV). Aktuell nutzen 40 Prozent diese Option. 2010 waren es 31 Prozent. Die bAV hat sich damit an die vierte Stelle der Altersspar-Varianten gesetzt und liegt vor der Riester-Rente. Das Sparen mittels Aktien oder Aktienfonds ist dagegen in der jungen Generation weitgehend ohne Bedeutung (2016: 16%, 2010: 19%).

Die Studie ermittelte auch, in welche Vorsorgeform Nicht-Sparer ihr Geld potenziell anlegen würden. Auch diese Ergebnisse belegen, dass die betriebliche Altersversorgung immer populärer wird: So wollen diese 43 Prozent nutzen, 33 Prozent haben das „eventuell“ vor (2010: „ja“ 39%, „eventuell“ 30%). Allerdings war die Bereitschaft, diese Sparform zu wählen, 2013 mit 50 Prozent schon einmal höher.

Die bAV konnte ihren Bekanntheitsgrad zwischen 2010 und 2016 halten und lag bei jeweils 39 Prozent. Hingegen sank die Bekanntheit der Riester-Rente von 36 Prozent in 2010 auf aktuell 27 Prozent. Damit liegt sie deutlich hinter der betrieblichen Form der Vorsorge. Bei jungen Frauen ist die Riester-Rente besonders wenig bekannt und hat bei ihnen mit gerade einmal 22 Prozent ein „historisches“ Tief erreicht. Die Bekanntheit der bAV ist bei Frauen mit 32 Prozent wesentlich höher. Wer diese Vorsorgeform kennt, dem ist inzwischen vermehrt auch die „Bruttoentgeltumwandlung“ – das Kernstück der betrieblichen Altersversorgung – ein Begriff (2016: 43%, 2010: 31%).

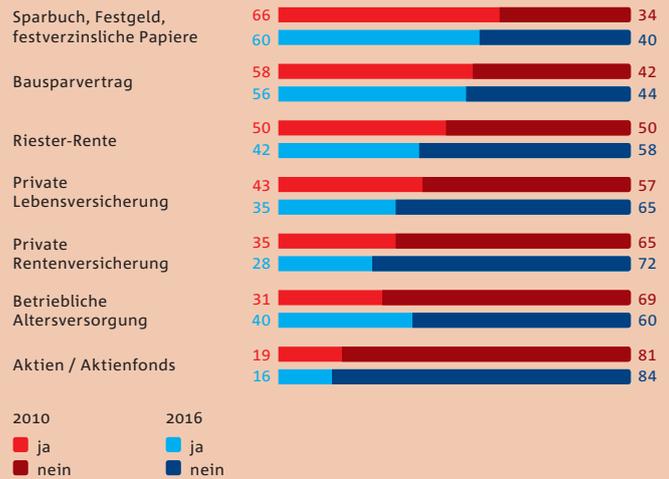
Aktuell geben 54 Prozent der Befragten an, sich beim Thema Finanzen gut auszukennen („sehr gut“: 9%, „gut“: 45%). Unter jungen Männern gab es dabei eine Steigerung der Finanzkompetenz (2016: 60%, 2010: 57%), unter jungen Frauen einen leichten Rückgang (2016: 47%, 2010: 50%). Um die Kompetenz in Sachen Altersvorsorge ist es wesentlich schlechter bestellt: So bezeichnen nur 27 Prozent der Befragten ihre Kenntnisse als „gut“ oder „sehr gut“. Bei den Frauen liegt die Selbsteinschätzung unter der der Männer.

Über finanzielle Dinge informiert sich die junge Generation hauptsächlich mittels Internet (2016: 68%) und über ihre Eltern (2016: 63%). Seltener erkundigen sie sich bei ihrer Bank (2016: 48%) oder über Fernsehen und Radio (2016: 43%). Von einem Überangebot an Informationen in Sachen Altersvorsorge kann nicht die Rede sein, denn 88 Prozent verneinen, dass sie zu viele Infos hätten.

Weniger Riester sowie Lebens- und private Rentenversicherungen, mehr betriebliche Altersversorgung

Sie sagten, dass Sie bereits für Ihre Altersversorgung sparen: Was tun Sie da im Einzelnen?

Jugendliche im Alter von 17 bis 27 Jahren (Angaben in %), nur Befragte, die für Altersvorsorge sparen

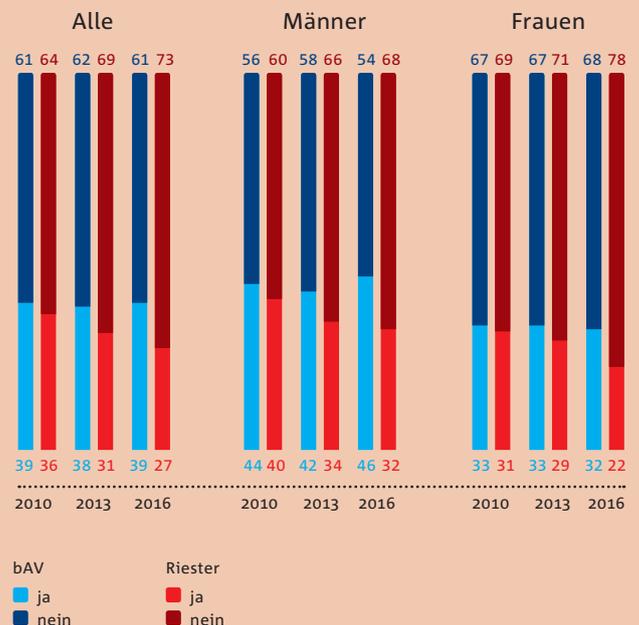


Bekanntheit von betrieblicher Altersversorgung und Riester-Förderung weiterhin stagnierend

Würden Sie sich zutrauen, einem Freund oder einem guten Bekannten zu erklären, was der Begriff „betriebliche Altersversorgung“ bedeutet?

Würden Sie sich zutrauen, einem Freund oder einem guten Bekannten zu erklären, was der Begriff „Riester-Förderung“ bedeutet?

Jugendliche im Alter von 17 bis 27 Jahren (Angaben in %)



Die Jugend in Richtung Vorsorge „stupsen“

Die Angebote geförderter Altersvorsorge verfehlen ihr Ziel, die Jugend zum Sparen für die Rente zu motivieren. Doch wie könnte es der Staat schaffen, die Generation Y zu mehr Altersvorsorge zu bringen? Sollte die Politik nicht stärker mit sogenannten Nudges arbeiten?*



Automatismus mit Ausstiegsmöglichkeit

Zu einem der bekanntesten und gleichzeitig wichtigsten Nudges in der Altersvorsorge gehört die automatische Teilnahme an Altersvorsorgeprogrammen. Bei der betrieblichen Altersversorgung zahlen Beschäftigte automatisch („per default“) in dieses System ein ... es sei denn, sie entscheiden sich bewusst dagegen (was als „Opt-Out“ bezeichnet wird). Diese Kombination von Automatismus mit Ausstiegsmöglichkeit (bekannt als Default-cum-Opt-Out) ist eine „sanfte“ Intervention, weil Arbeitnehmer das System abwählen können.

Die empirische Forschung zeigt, dass solche Automatismen einen enormen Einfluss auf das Verhalten von Menschen haben. Ein Paradebeispiel dafür sind die USA. Dort führte das automatische Investieren eines Teils des Einkommens durch den Arbeitgeber zu einem massiven Anstieg der Altersvorsorge. Denn die Ausstiegsmöglichkeit wird nur selten genutzt. Ähnliche positive Erfahrungen haben Staaten wie Australien, Neuseeland und Singapur, aber auch Dänemark und Großbritannien gemacht (siehe internationaler Teil).

Akzeptanz der Jugend

Doch stoßen solche Default-Regeln bei der Generation Y auf Zustimmung? Auf diese bislang noch nicht untersuchte Fragestellung gibt die aktuelle Studie eine eindeutige Antwort. Die Befragung konfrontierte die Jugendlichen mit einer Reihe fiktiver Vorschläge zur Reform des Rentensystems in Deutschland. Ein Vorschlag skizziert dabei ein Default-System, in dem Arbeitgeber einen kleinen Teil (zum Beispiel ein Prozent) des Einkommens automatisch auf ein „Altersvorsorge-Sparkonto“ des Arbeitnehmers einzahlen. Damit wird langfristig für die Rente gespart. Das Ergebnis zeigt, dass eine deutliche Mehrheit von 65 Prozent für die Einführung einer solchen automatischen Sparregel ist ... selbst wenn die Möglichkeit eines Opt-Out unerwähnt bleibt! Unter den jungen Frauen liegt die Zustimmungsrage sogar bei 76 Prozent.

Wird erwähnt, dass die Jugendlichen jederzeit aus der automatischen Sparregel aussteigen könnten, steigt die Akzeptanz sogar noch weiter: Insgesamt sprachen sich 83 Prozent für eine Default-cum-Opt-Out Sparregel aus, von den weiblichen Befragten waren sogar 93 Prozent dafür. Eine weitere Frage beschäftigte sich mit einem eventuellen Zuschuss des Arbeitgebers zu den Sparleistungen des Default-Systems. Bei diesem Vorschlag stieg die Zustimmungsrage auf 89 Prozent.

Die Resultate dokumentieren also eine umfassende Akzeptanz solcher Automatismen. Eine Stärkung von Default-cum-Opt-Out-Elementen in der (betrieblichen) Altersvorsorge stößt demnach bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen nahezu unisono auf Zustimmung.



Zielsetzungen und Erinnerungen

Die Studie untersuchte außerdem, wie die Einstellung der Befragten zu einem institutionalisierten System von Zielsetzungen und Erinnerungen ist. Es geht dabei um Aufforderungen (sogenannte „Prompts“), sich (unverbindliche) Ziele für die eigene Altersvorsorge zu setzen. An diese wird man dann regelmäßig erinnert. Diese Art Stupser beurteilt die junge Generation aber ganz anders als eine Default-Regelung: Nur 32 Prozent würden einem solchen System zustimmen. Bei den jüngsten Befragungsteilnehmern (17 bis 20 Jahren) sowie bei Frauen liegt die Zustimmungquote etwas höher. In allen Fällen bleibt sie aber deutlich unter der Schwelle von 50 Prozent. Obwohl es sich bei diesem Stupser um eine erheblich sanftere Variante des Nudgings handelt, hält sich die Zustimmung zu dieser Option in engen Grenzen.

Information und Bildung

Auch die Bereitstellung und Aufbereitung von Informationen zum Rentensystem ist eine sanft-paternalistische Strategie. Auch hierzu hat die junge Generation eine eindeutige Meinung: So sprechen sich 68 Prozent für ein Schulfach „Wirtschaft und Finanzen“ aus, das Fragen zur Altersvorsorge behandeln soll. Das zeigt, dass die Jugendlichen ein Informations-Defizit empfinden.

91 Prozent der Befragten wünschen sich, mit dem Beginn der Berufstätigkeit jährlich Informationen über die Höhe ihrer Rentenansprüche zu erhalten. Eine klare Mehrheit von 62 Prozent hat den Wunsch nach einem personalisierten Rentenkonto im Internet, das ihnen einen Überblick über ihre Ansprüche aus der gesetzlichen, betrieblichen und privaten Rentenversicherung gibt. Damit zeigt sich auch in diesem Punkt, wie offen die junge Generation für staatliche Stupser ist.

Begriffserklärungen

* Nudging/Nudge:

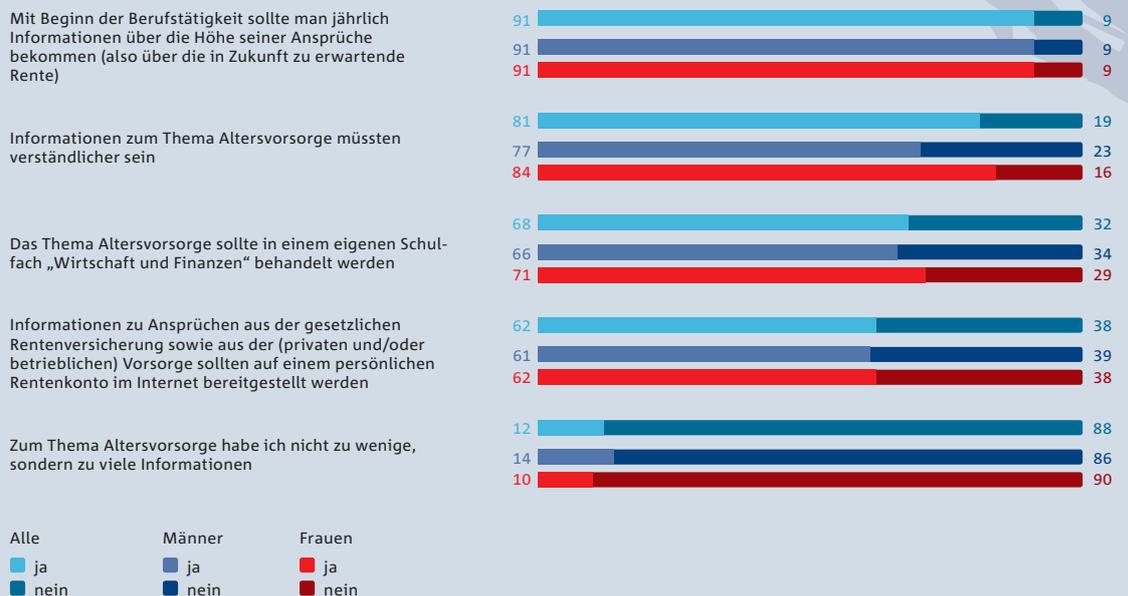
Die Begriffe stehen im englischen für *Stupsen/Schupsen oder Stups/Schubs*. Darunter versteht man im Zusammenhang mit der Altersvorsorge einen wirksamen Stupser hin zur vermehrten Teilnahme an zusätzlicher – meist betrieblicher – Altersvorsorge.



Informationen zur Altersvorsorge werden von Jugendlichen dringend gewünscht, aber bitte verständlich (2016)

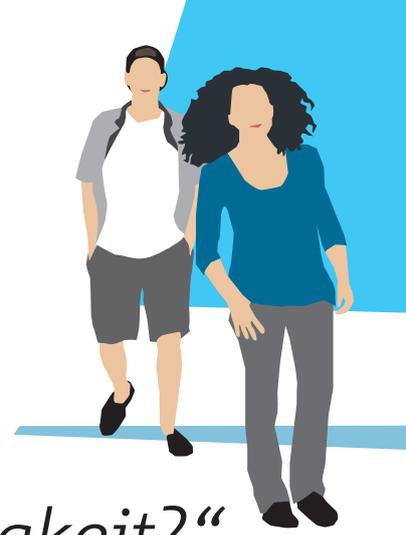
Welche Informationen zum Thema Altersvorsorge würden Sie sich wünschen?

Jugendliche im Alter von 17 bis 27 Jahren (Angaben in %)





Heribert Karch



„Generationengerechtigkeit? Welche Generationengerechtigkeit?“

„Zu wenige Teilnehmer, zu wenig Geld und bald zu spät“: Auf diese Formel bringt MetallRente-Geschäftsführer Heribert Karch den Entwicklungsstand der zusätzlichen Altersversorgung. Er fordert durchgreifende Maßnahmen, ohne die das Scheitern der Rentenreform vorprogrammiert sei. Karch im Interview über notwendige Konsequenzen.

Welche Schlüsse ziehen Sie aus den Studienergebnissen?

Karch: Vor 15 Jahren wurde die Reform eingeführt mit dem Argument, mehr Generationengerechtigkeit herzustellen. Der junge Mensch sollte im Umlagesystem weniger für den alten Rentner zahlen und stattdessen – staatlich gefördert – für die eigene Rente vorsorgen. Obwohl er damit eigentlich entlastet werden sollte, ist das Ergebnis nun weniger Gerechtigkeit. Denn die Bereitschaft zur Vorsorge ist im Sinkflug, die Beteiligung an der privaten Riester-Rente rückläufig. Wenn es eigenes Geld kostet, handeln die Menschen nun mal nicht automatisch im Sinne der Rentenreform. Die bAV wird zwar unter jungen Leuten immer beliebter. Dennoch konnte sich die zusätzliche Altersversorgung in der Generation Y nicht hinreichend durchsetzen. Damit wird sie von der vermeintlich gerechter behandelten zur prekären Generation der Rentenpolitik.

Welche Baustellen im Rentensystem muss der Gesetzgeber dringend angehen?

Karch: Das System verteilt Mittel wenig effizient. Die Staatsausgaben für die Altersversorgung in Deutschland befinden sich gemeinsam mit Polen, Spanien und Slowenien am Rande des oberen Drittels aller OECD-Staaten. Dennoch liegen die Lohnersatzraten – also das Verhältnis der Rente zum vorherigen aktiven Einkommen – in der Bundesrepublik am unteren Ende dieser Länder! Anstatt Generationengerechtigkeit haben wir Unsicherheit. Sogar ein Mensch, der im mittleren Einkommensbereich liegt, weiß oft nicht, ob er im Alter Rente oder Grundsicherung bekommen wird. Ihm droht damit die Anrechnung zusätzlicher Altersvorsorge auf die Grundsicherung. Dann macht das Alterssparen aber für viele kaum Sinn!

Die vorliegende Studie stellt verschiedene Reformansätze in einzelnen EU-Ländern vor. Kann Deutschland etwas aus diesen Lösungsansätzen für den weiteren Reformprozess lernen?

Karch: Alle Länder, die als erfolgreich gelten wie etwa Dänemark oder die Niederlande, haben einen Kern aus zwei Säulen: Staat und Betrieb. Die Teilnahme ist in diesen Ländern aber verbindlicher als in Deutschland. Einige nutzen auch ein sanftes Anschubsen, das Nudging, das in vielen Ländern erfolgreich angewandt wird.

Lässt sich die Nudging-Politik dieser Länder auf die aktuelle deutsche Situation übertragen?

Karch: Nein, jedenfalls nicht in der Fläche. Denn wir haben in der kapitalgedeckten Altersversorgung bereits eine sehr ausdifferenzierte Landschaft. Ein universelles Nudging wäre nur für einen Teil der Arbeitnehmer nützlich. Für den Teil, der bereits heute komplett in eine betriebliche Altersversorgung ohne Ausstiegsmöglichkeit einbezogen ist, wäre es sogar ein Rückschritt. Für einheitliche Modelle ist es zu spät. Machbar wäre aber eine sichere rechtliche Basis, die den Unternehmen und Tarifparteien – die es nützlich finden – eine automatische Teilnahme am Nudging ermöglicht.

Welchen konkreten Schritt schlagen Sie als Nächstes vor, um eine Reform der Reform einzuleiten?

Karch: Wir befinden uns in der Mitte des 30-jährigen Reformprozesses. Es ist an der Zeit, in einem Halbzeit-Gipfel mit allen Akteuren weitere Maßnahmen zu besprechen. Wenn man will, dass Tarifparteien mehr tun, muss man vor allem Hindernisse beiseite räumen und verbesserte Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehören die Vereinfachung der Förderung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die Lösung gravierender Gerechtigkeitsprobleme.

Dann macht das Alterssparen aber für viele kaum Sinn!

Das System verteilt Mittel wenig effizient.

Man muss verbesserte Rahmenbedingungen schaffen.



Fünf notwendige Konsequenzen in Sachen Rente:

#1

Die zusätzliche Altersvorsorge darf nicht mehr auf die Grundversicherung im Alter angerechnet werden. Nur so lohnen sich Eigenvorsorge sowie betriebliche oder tarifliche Leistungen. Der Staat darf nicht auf Altersersparnisse zugreifen.

#2

Der Gesetzgeber sollte Personen mit längerer Ausbildung oder unterbrochenen Erwerbsverläufen nicht mehr benachteiligen, sondern die Förderung auf das gesamte Erwerbsleben beziehen. Niedrigere Verdienste sollten überproportional berücksichtigt werden. Zur Planungssicherheit benötigen Arbeitnehmer und Arbeitgeber einen jeweils eigenen steuerlichen Förderrahmen.

#3

Die Administration der Betriebsrente sollte sich für Arbeitgeber vereinfachen. Dazu gehört es, die Haftungsrisiken für Unternehmen zu minimieren, ohne die Verlässlichkeit für die Beschäftigten zu schmälern. Zurzeit stellt die durch den Förderrahmen steuerlich erzwungene Komplexität für kleine und mittlere Unternehmen ein Hindernis zur Teilnahme an der bAV dar. Gerade dem Mittelständler, der solche Dinge möglichst einfach organisieren möchte, sollte es der steuerliche Rahmen erleichtern, Betriebsrenten für alle Einkommensgruppen anzubieten ... und zwar mit nur einem Modell.

#5

Das Finanz- und Wirtschaftssystem gehört in den Bildungskanon. Junge Menschen müssen es durchschauen können und eine ausreichende Wissens-Basis für ihre eigenen finanziellen Entscheidungen bekommen.



#4

Die Beitragslast auf Betriebsrenten muss gerechter werden. Die Betriebsrenten werden seit 2004 mit vollen Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung belastet – eine gravierende Änderung der ursprünglichen Förderung. Die beschädigte Symmetrie von jetzt vorgelagerter Entlastung und nachgelagerter Belastung muss wieder hergestellt werden.



Der Staat und das Rentensystem in Großbritannien

Das britische Rentensystem hat in den letzten Jahren einen radikalen Wandel durchgemacht: von einer neoliberalen Richtung zu einem inzwischen stärker sozialdemokratisch geprägten System. Auch wenn sich die volle Wirkung der Reformen nicht sofort zeigt, sieht der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Paul Bridgen erste vielversprechende Anzeichen für eine angemessenere Altersversorgung.

Ende der 1990er Jahre konnte das Rentensystem des Vereinigten Königreichs vielen Bürgern kein Alterseinkommen über der Armutsgrenze garantieren. Frauen waren unter den Armen überdurchschnittlich stark vertreten. Für viele Berufstätige begann der Ruhestand mit erheblichen Einkommenseinbußen.

Als Reaktion auf diese Situation kam es zu mehreren Gesetzesreformen. So hat sich der Staat seit 2005 zu einer universellen armutsmindernden Mindestrente verpflichtet, in der die allgemeine staatliche Versorgung großzügiger und einfacher geregelt wurde. Die für 2016 geplante Einführung einer einstufigen Rente in Höhe von oder nahe der aktuellen bedarfsorientierten Mindestsicherung wird die Altersbezüge signifikant erhöhen. Der mit dieser Reform verbundene Verzicht auf eine Bedürftigkeitsprüfung soll zudem dafür sorgen, dass mehr Menschen als heute ihre gesamten Ersparnisse voll nutzen können.

Der Gesetzgeber verstärkte außerdem die staatliche Regulierung der individuellen Vorsorge, um Menschen mit durchschnittlichen oder überdurchschnittlichen Einkommen Zugang zu einkommensschützenden Renten zu verschaffen. So veränderte sich die betriebliche Altersversorgung in Richtung des niederländischen und dänischen Rentensystems mit deren Sparautomatismen und Opting-Out-Regelungen.

Die Zahl der Arbeitnehmer, die einen bAV-Vertrag haben, stieg sechs Monate nach der 2012 eingeführten automatischen Teilnahme um 0,9 Millionen auf 11,7 Millionen. Der langjährige Abwärtstrend hat sich damit umgekehrt.

Bis Ende September 2014 nahmen über 4,7 Millionen Arbeitnehmer bei fast 34.000 Arbeitgebern automatisch an der bAV teil. Die Opting-Out-Quoten waren relativ gering: Sie lagen bei etwa neun bis zehn Prozent. Die Teilnahme an der bAV ist gerade bei jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Beschäftigten mit einem Einkommen zwischen dem Durchschnittseinkommen und der Hälfte des Durchschnittseinkommens besonders ausgeprägt. So steigen die Vorsorgebeiträge. Allerdings bleibt die Frage, ob die Höhe der Beiträge für ein angemessenes Alterseinkommen ausreicht.



Was in *Dänemark* die *Vorsorge* erhöht

Das dänische Rentensystem hat einen sehr guten Ruf: Das gilt für die Kosten, die Nachhaltigkeit und die angemessene Versorgung der Rentner. Die Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Søren Leth-Petersen und Dr. Torben Heien Nielsen gingen der Frage nach, was das Sparverhalten fürs Alter in Dänemark beeinflusst.

Das dänische Rentensystem besteht aus drei Säulen: einer gesetzlichen leistungsorientierten Rente, einer betrieblichen Altersversorgung und einer individuellen Altersvorsorge.

Die zweite Säule funktioniert nach folgendem Prinzip: Für etwa 80 Prozent aller Arbeitsplätze gelten Tarifverträge zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden. Sie legen nicht nur die Löhne fest, sondern enthalten häufig auch Vereinbarungen zu Versorgungslösungen. Dabei wird ein fester Anteil der Arbeitnehmerbezüge auf ein Versorgungskonto einbezahlt. Ein unabhängiger Pensionsfonds verwaltet diese Konten, die außerhalb der Kontrolle der Unternehmen liegen. Es ist ein besonderes Merkmal dieses Systems, dass die Beiträge je nach Tarifvertrag variieren.

Die individuellen Vorsorgekonten (dritte Säule) sind dagegen vollkommen unabhängig von der betrieblichen Altersversorgung, unterliegen aber den gleichen steuerlichen Regeln. Der Kontoinhaber kann seine Beiträge frei anpassen.

Leth-Petersen und Nielsen untersuchten sowohl die Wirksamkeit von Steuererleichterungen als auch von Spar-Automatismen. Ihr Hauptergebnis: Weniger als 20 Prozent der Menschen reagieren auf Steuererleichterungen. Dabei schichten sie lediglich ihre Ersparnisse um, ohne die Gesamtsparsumme zu verändern. Die restlichen 80 Prozent sind passiv und reagieren überhaupt nicht auf Änderungen bei den steuerlichen Anreizen.



Ganz anders beurteilen die Wissenschaftler die Vorsorge-Automatismen. Sie seien außerordentlich effektiv, um die Gesamtsparsumme zu erhöhen. Sie tragen der Tatsache Rechnung, dass die Mehrheit passiv reagiert und Sparrücklagen eben nicht anpasst. Wenn ein Arbeitnehmer zum Beispiel in eine neue Stelle wechselt, bei der sein obligatorischer Sparbeitrag (zweite Säule) um drei Prozent höher ist als bisher, wird er eher nicht seinen Sparbeitrag in der dritten Säule reduzieren. Im Endeffekt spart er deshalb mehr als zuvor, weil er passiv bleibt.

Die auf Bevölkerungsdaten beruhende Studie der Wissenschaftler belegt, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung passive Sparer sind. Damit kommt sie zu dem Schluss, dass Automatismen – im Gegensatz zu Steueranreizen – ein äußerst effektives Mittel sind, um privates Sparen deutlich zu erhöhen.

Anpassungen im Rentensystem der Niederlande

Das Rentensystem in den Niederlanden gilt als vorbildlich, ist es doch eine Mischung aus einer steuerfinanzierten Grundsicherung und einer kollektiv organisierten kapitalgedeckten Altersversorgung. Doch auch in diesem EU-Staat musste die Politik auf den demografischen und wirtschaftlichen Wandel reagieren. Die Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Karen M. Anderson erkennt bei den jüngsten Reformvorschlägen eine zunehmende Bewegung des Rentensystems in Richtung Beitragsorientierung. Wichtige Elemente der Solidarität bleiben dennoch erhalten.

Die Altersversorgung in den Niederlanden kann sich sehen lassen: Die Altersarmut gehört zu den geringsten in der OECD. Die meisten Einkommensgruppen bekommen großzügige kombinierte (gesetzliche und private) Renten. Das Rentensystem beruht auf einer staatlichen Grundsicherung (erste Säule), einer Betriebsrente (zweite Säule) und einer privaten freiwilligen Zusatzversicherung (dritte Säule). Allerdings ist dieses System anfällig für demografische und ökonomische Verschiebungen.

Auf den demografischen Wandel und die Wirtschaftskrise reagierte die Politik 2011 mit der Erhöhung des Renteneintrittsalters. Ende 2014 beschloss das Parlament einen neuen Regulierungsrahmen für die zweite Säule. Außerdem wurde die Steuerabzugsfähigkeit der Beiträge zur zweiten und dritten Säule begrenzt. Diese Maßnahmen sollen unter anderem die staatlichen Ausgaben und Lohnnebenkosten senken.

Die Regierung erwägt nun einen Schritt in Richtung einer kollektiven, beitragsorientierten Altersversorgung. Im Sommer 2015 legte sie dazu den Entwurf einer umfassenderen Reform vor. Die Renten sollen aber weiterhin auf den Prinzipien der Solidarität, des Risikokollektivs und der Transparenz beruhen.

Wirtschaftskrise und Rentenreform in Spanien

Die schwierige Situation in Spanien ist nicht nur der demografischen Entwicklung geschuldet, sondern auch der Wirtschaftskrise. Deren verheerende Konsequenzen für den Arbeitsmarkt zog auch das staatliche Rentensystem in Mitleidenschaft. So die Analyse des Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Dr. Sergi Jiménez-Martin.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 bedrohte das Rentensystem Spaniens gleich doppelt: zum einen durch gewaltige unmittelbare Defizite aufgrund des Rückgangs der Beitragszahlungen, zum anderen durch langfristige Finanzierungslücken aufgrund des demografischen Wandels. Deshalb kam es zu einer umfassenden institutionellen Reform in zwei Schritten: 2011 im Rahmen des von der Europäischen Kommission auferlegten Sparpakets und dann noch einmal 2013. Damit verschob sich das System von der bisherigen Leistungsorientierung in Richtung Beitragsorientierung.

Die Reform von 2011 brachte entscheidende Veränderungen mit sich: Die Anzahl der Beitragsjahre – Grundlage der Rentenberechnung – wurde erhöht, das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre angehoben. Außerdem änderte der Gesetzgeber auch die Anspruchsvoraussetzungen für den Vorruhestand. Was sich allerdings kaum wandelte, waren die Voraussetzungen für die Mindestrente. Daher sind Personengruppen, die auf eine Mindestrente angewiesen sind, von der Reform weniger betroffen als andere.

Die bedeutsamste Änderung der Reform von 2013 war die Einführung einer automatischen Verknüpfung vom Renteneintritt und der Entwicklung der Lebenserwartung. Dieser Nachhaltigkeitsfaktor passt das Rentensystem automatisch an den demografischen Wandel an.

Allerdings sieht Jiménez-Martin die fiskalische Gesundheit des Systems auch nach den letzten Maßnahmen noch nicht vollständig wiederhergestellt. Es gibt also weiterhin Reformbedarf. Mögliche Lösungen sind zum Beispiel die Erhöhung der Zahl der Beitragszahler, die Erhöhung der Beitragsbasis oder die Ausweitung alternativer Finanzierungsquellen wie etwa allgemeine Steuern.



Hektischer Reformprozess in Polen

Das Rentensystem Polens erlebte in den letzten 17 Jahren einen hektischen Reformprozess und ein radikales Umsteuern in der Rentenpolitik. Dabei ist ein Ende der Reformen noch nicht in Sicht. Denn der Politikwissenschaftler Dr. Marek Naczyk kommt zu dem Schluss, dass Polen einen völligen Neuanfang in der Rentenpolitik benötigt.

Die Reform begann 1999. Damals wandelte Polen sein rein staatliches, umlagefinanziertes und leistungsorientiertes Rentensystem in eine beitragsorientierte „Mehrsäulenrente“ um. Damit kam es zu einem immer stärkeren Ausbau von zwei durch den Kapitalmarkt finanzierten zusätzlichen Säulen, die das bis dahin steuerfinanzierte System (erste Säule) ergänzten. Mit diesem Mehrsäulen-Modell folgte Polen den Empfehlungen der Weltbank und der Grundannahme "Sicherheit durch Vielfalt". Es kam zu einer weitgehenden Privatisierung und einer kommerziell organisierten Zwangsrente als zweite Säule.

Wurde diese Rentenreform anfänglich von viel Optimismus begleitet, stellte die Regierung von Donald Tusk sie dann in erheblichem Maße infrage. 2011 beschloss die Mitte-Rechts-Koalition, den Beitragssatz der zweiten Säule zu senken und gleichzeitig den Beitragssatz zur ersten Säule anzuheben. 2013/14 kehrte sie die Reform von 1999 um: Die zweite Säule wurde in ein vollkommen freiwilliges System umgewandelt und das von den offenen Pensionsfonds verwaltete Kapital teilweise verstaatlicht.

Hintergrund für diese Maßnahmen waren die viel zu hohen Kosten für das verwaltete Versorgungskapital. Insbesondere im Gefolge der Finanzkrise erdrückten die Kosten die Renditen.

Doch auch nach den letzten rentenpolitischen Entscheidungen – die auf freiwillige Eigenvorsorge setzen – sieht Naczyk weiteren Handlungsbedarf. Denn die Politik müsse für angemessene Renten der jüngeren Generationen sorgen. Außerdem weist er auf die Schwachstelle jeder Eigenvorsorge hin: Der fehlenden Marktmacht der Einzelperson.





Prof. Dr. Traute Meyer

Gelungene Rentenreformen sind möglich

„Radikale Kürzungen von Rentenzusagen für Niedrigverdiener ... bei Reformen sind sie nicht zwingend. Das hat sich in einigen EU-Ländern gezeigt“, betont Prof. Dr. Traute Meyer, Professor of Social Policy an der University of Southampton.

Welche grundlegenden Rentensysteme gibt es in der EU? Welche Vor- und Nachteile bringen diese mit sich?

Meyer: Im „Beveridge-Modell“ haben alle Bürger Zugang zu einem universellen gesetzlichen Minimum, das vor Armut schützen soll. Zu diesem Rentensystem gehören traditionell die Niederlande, die Schweiz, Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland, neuerdings auch Großbritannien. Im traditionellen „Bismarck-Modell“ existiert dagegen kein universelles Minimum, sondern eine gesetzliche Rentenversicherung, die den Lebensstandard durch einkommensbezogene Leistungen garantiert hat. Zu den Ländern mit diesem Modell zählen unter anderem Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland und Italien. Das Rentensystem nach Beveridge hat den Ruf, Armut wirksamer zu vermeiden. Das Bismarck-Modell hingegen bietet den Vorteil, dass die gesetzlichen Renten wegen der relativ hohen Einkommensersatzquoten höher sind als in den Beveridge-Ländern. Damit ist es auch für Menschen mit überdurchschnittlichen Einkommen interessant.

Wie veränderten sich die jeweiligen Systeme durch die Rentenreformen seit 2002?

Meyer: Fast alle Regierungen haben ihre Rentenzusagen eingeschränkt. Die garantierten Ansprüche nehmen deutlich ab. Gleichzeitig sehen sich die Staaten weiterhin in der Pflicht, einen Großteil des Alterseinkommens zu garantieren, besonders bei Menschen mit geringem Einkommen.

Wie steht das deutsche Rentensystem im EU-Vergleich da?

Meyer: Deutschland schneidet extrem schlecht ab. Das gesetzliche Rentenniveau für Geringverdiener ist so niedrig wie in keinem anderen Land. Es fehlt hier eine fest definierte Untergrenze, wie es sie in den Beveridge-Ländern gibt. Außerdem existieren die hohen Renten nicht mehr, die lange als typisch für das Bismarck-Modell galten. Auch Beschäftigte mit mittlerem und höherem Einkommen haben meist geringere Renten als anderswo in der EU. Damit ist das Armutsrisiko stark gestiegen.

Einige EU-Länder haben ihre Rentenzusagen erhöht. Welche bieten ihren künftigen Rentnern vergleichsweise hohe Altersbezüge?

Meyer: Dazu gehören Dänemark, die Niederlande und Großbritannien. Das Vereinigte Königreich ist dabei ein Extremfall: Denn hier stiegen nicht nur die Rentenbezüge für Geringverdiener, sondern auch für alle anderen Einkommensgruppen. Möglich war dies auch, indem die Arbeitgeber zu höheren Beiträgen verpflichtet wurden. Ausgehend von einem recht niedrigen allgemeinen Niveau ist Großbritannien gleichwohl ein Beispiel dafür, dass Rentenreformen nicht zwingend mit dem Abbau sozialer Sicherheit einhergehen müssen.



Dr. Monika Queisser

Die Altersvorsorge als Herausforderung in den OECD-Ländern

„Finanzielle Bildung ist wichtig für die Altersvorsorge“, betont die OECD-Rentenexpertin Dr. Monika Queisser. Sie leitet die Abteilung Sozialpolitik der OECD in Paris.

Was sind die gemeinsamen Herausforderungen aller OECD-Länder in Bezug auf die Altersvorsorge?

Queisser: Alle OECD-Länder sehen sich vor denselben Zielkonflikt gestellt: Angesichts einer alternden Bevölkerung gleichzeitig die finanzielle Stabilität und die soziale Nachhaltigkeit der Rentensysteme zu gewährleisten. Dazu sind in den letzten Jahren neue Probleme hinzugekommen: Viele OECD-Länder kämpfen noch immer mit hohen Arbeitslosenzahlen, insbesondere unter jungen Menschen. In Systemen, die auf Beitragszahlung basieren, belastet das die zukünftigen Renteneinkommen und erhöht das Risiko von Altersarmut. Im Bereich der privaten Altersvorsorge ist das anhaltend niedrige Zinsniveau eine gemeinsame Herausforderung.

Welche OECD-Länder sind bei der Altersvorsorge besser aufgestellt als andere?

Queisser: Die Beantwortung dieser Frage hängt von den Kriterien ab, nach denen die Altersvorsorge beurteilt wird. Je nachdem, ob man das Rentenalter, die Rentenleistung oder die Kosten des Systems betrachtet, wird das Urteil anders ausfallen. Einige Länder wie die Niederlande oder die Schweiz haben schon lange Mischsysteme, die eine eher niedrige gesetzliche Altersvorsorge mit betrieblicher und privater Vorsorge flächendeckend verbinden. Andere Länder wie etwa Österreich setzen vorwiegend auf eine gesetzliche Sicherung mit hohen Leistungen, was sich in den Kosten niederschlägt. In Deutschland ist das Rentensystem auf einen finanziell nachhaltigen Pfad gebracht. Aber aufgrund der engen Beitrags-Leistungsbindung können Niedrigverdiener nur sehr geringe Renten erwarten.

Welchen Stellenwert hat in den OECD-Ländern aktuell die Eigeninitiative bei der Altersvorsorge?

Queisser: Um die Eigeninitiative und die Verbreitung freiwilliger privater Renten zu erhöhen, haben Großbritannien, Neuseeland und Chile sogenannte „Opt-Out“ Modelle eingeführt. Danach sind Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet, ihre Beschäftigten automatisch in ein privates Alterssicherungssystem einzuschreiben. Sollten die Arbeitnehmer nicht teilnehmen wollen, können sie die Teilnahme jedoch kündigen. Andere Länder, in denen private Renten aufgrund begrenzter öffentlicher Systeme eine wichtige Rolle spielen, wie beispielsweise Irland, überlegen deshalb, ähnliche Regelungen einzuführen.

Reichen Bildung und Vorwissen der Berufstätigen für eine selbstverantwortete Altersvorsorge aus?

Queisser: OECD-Studien zeigen sowohl bei Erwachsenen als auch bei Jugendlichen große Defizite im finanziellen Wissen. Jeder Einzelne sollte so früh wie möglich über sein zukünftiges Alterseinkommen nachdenken und dementsprechend Vorsorge treffen. Informationskampagnen über Notwendigkeit und Optionen der individuellen Altersvorsorge sowie Aufklärung über finanzielle Risiken sind daher besonders für jüngere Altersgruppen von zentraler Bedeutung.

Service

AutorInnen der Studie

› Klaus Hurrelmann (Hrsg.)

Klaus Hurrelmann ist seit 2009 Senior Professor für Bildungs- und Gesundheitsforschung an der Hertie School of Governance in Berlin. Er habilitierte sich 1975 mit der Schrift „Erziehungssystem und Gesellschaft“. Er war 35 Jahre lang Professor für Sozialisationsforschung an den Universitäten Essen und Bielefeld. Ende der 1990er Jahre wandte er sich zusätzlich der Gesundheitsforschung zu und war als langjähriger Gründungsdekan maßgeblich an der Etablierung der ersten deutschen School of Public Health in Bielefeld beteiligt. Seit 2002 arbeitet er im Leitungsteam der Shell Jugendstudien mit, seit 2007 auch bei den World Vision Kinderstudien. Er ist Autor mehrerer Lehrbücher und Herausgeber einflussreicher Handbücher.

› Heribert Karch (Hrsg.)

Heribert Karch war nach Berufsausbildung und Studium an der Akademie für Arbeit in Frankfurt/Main in der IG Metall als Lehrer im Bildungsbereich tätig. 1990 erfolgte die Berufung zum Tarifsekretär für den Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen, Ende 1998 die Bestellung zum Leiter der Abteilung Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metall. In dieser Funktion war er maßgeblich am Gründungsprozess des Versorgungswerks MetallRente beteiligt und ist seit 2001 Geschäftsführer dieser gemeinsamen Einrichtung der Tarifvertragsparteien Gesamtmetall und IG Metall. Heribert Karch ist Vorsitzender des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba).

› Christian Traxler (Hrsg.)

Christian Traxler ist seit 2013 Professor für Ökonomie an der Hertie School of Governance. Er studierte Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Wien, Carlos III de Madrid und an der LMU München, wo er 2006 promovierte. Nach Forschungsaufenthalten in Amsterdam und Ann Arbor, Michigan, arbeitete er am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern in Bonn. 2011 trat er eine Professur an der Universität Marburg an, wo er bis 2013 den Lehrstuhl für Finanzwissenschaft leitete. In seiner Forschung untersucht Christian Traxler Fragestellungen aus der Verhaltensökonomie und der Finanzwissenschaft. Dabei evaluiert er u.a. die Wirksamkeit von Nudges und anderen alternativen Politikansätzen.

› Thomas Gensicke

Thomas Gensicke promovierte mit einer sozialwissenschaftlichen Arbeit am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Er arbeitete von 2001 bis 2015 als Projektleiter bei TNS Infratest Sozialforschung und war als Co-Autor an den Shell-Jugendstudien 2002, 2006, 2010 und 2015 beteiligt. Er ist heute als selbstständiger Berater im Bereich Sozialwissenschaften tätig. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Werte- und Kulturforschung, Jugendforschung, Forschung über öffentliche Beteiligung und Ehrenamt (Zivilgesellschaft) sowie über die Besonderheiten der neuen Bundesländer.

Internationale Beiträge

› **Karen M. Anderson** ist außerordentliche Professorin für Sozialpolitik an der Universität Southampton.

› **Paul Bridgen** ist außerordentlicher Professor für Sozialpolitik im Fachbereich Soziologie, Sozialpolitik und Kriminologie an der Universität Southampton.

› **Sergi Jiménez-Martín** ist Professor an der Universität Pompeu Fabra in Barcelona und Direktor der Barcelona Microeconometrics Summer School (BMiSS) an der Barcelona Graduate School of Economics (GSE).

› **Søren Leth-Petersen** ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Kopenhagen.

› **Traute Meyer** ist seit 2000 Professorin für Sozialpolitik an der University of Southampton.

› **Marek Naczyk** ist promovierter Politikwissenschaftler, zurzeit Postdoktorand an der Hertie School of Governance in Berlin und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre d'études européennes und am LIEPP, Sciences Po Paris.

› **Torben Heien Nielsen** ist Juniorprofessor im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der Universität Kopenhagen.

› **Monika Queisser** ist promovierte Politikwissenschaftlerin und leitet seit 2009 die Abteilung Sozialpolitik der OECD in Paris.

Beteiligte Institutionen

› MetallRente, Berlin

Das Versorgungswerk MetallRente wurde 2001 vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall und der IG Metall als gemeinsame Einrichtung für die Unternehmen und die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie ins Leben gerufen. Auf der Basis entsprechender Tarifverträge bietet MetallRente kapitalgedeckte Lösungen für die betriebliche Altersversorgung per Entgeltumwandlung, die private Riester-Vorsorge und die Absicherung von Berufs- und Erwerbsunfähigkeit. MetallRente steht auch nicht tarifgebundenen Unternehmen offen.

Die Branchen Holz und Kunststoff, Textil, Bekleidung und Stahl haben sich ebenfalls dem Versorgungswerk angeschlossen. MetallRente ist heute das größte branchenübergreifende industrielle Versorgungswerk der Bundesrepublik und zählt zu den erfolgreichsten und am stärksten wachsenden Einrichtungen seiner Art.

Weitere Informationen: www.metallrente.de

› TNS Infratest Sozialforschung, München

TNS Infratest Sozialforschung – mit Sitz in München und weiterem Büro in Berlin – ist ein Geschäftsbereich der TNS Deutschland GmbH innerhalb des weltweit tätigen Marktforschungsunternehmens TNS. TNS gehört zur Kantar Group, in welcher WPP (London) seine Marktforschungsaktivitäten gebündelt hat.

Neben der Markt- und Medienforschung betreibt Infratest bereits seit den 1950er-Jahren Sozialforschung. TNS Infratest Sozialforschung ist auf dem Gebiet der sozialwissenschaftlichen Umfrageforschung das führende privatwirtschaftliche Institut in Deutschland. Hauptfelder sind Arbeit, Bildung, Familie und Bürgergesellschaft, Leben in Deutschland: das sozio-ökonomische Panel, sowie Politik und Parteien.

Weitere Informationen: www.tns-infratest.com/sofo

Unser Dank gilt der Allianz Pension Partners GmbH, die die MetallRente Studie 2016 finanziell unterstützt hat.
www.allianzpp.com | info@allianzpp.com



MetallRente Studie 2016



Buch: 224 Seiten
ISBN: 978-3-7779-3369-4
Preis: 12,95 €

Auch als E-Book erhältlich

Kurzfassung als PDF:

www.metallrente.de/Jugendstudie



Redaktion

Anja Schreiber
littera Redaktionsbüro
www.anjaschreiber.de

Gestaltung

wirDesign Berlin Braunschweig

Fotos

Werner Bachmeier
(Seite 1, 4, 12, 15, 16, 17, 19)

Willi Müller-Sieslak
(Seite 1, 19)

Michael Fahrig
(Seite 3, 7, 14, 20, 21)

Druck

novaconcept schorsch GmbH

